

Zum am 24.01.2017 veröffentlichten Bericht des Hessischen Flüchtlingsrats im Rahmen seiner Lagertour zur Unterbringungssituation in Wiesbaden.

Der **Flüchtlingsrat Wiesbaden** hat sich **im Sommer 2014**, zu einem Zeitpunkt, als es mit der „Mainzer Straße“ nur eine Großunterkunft gab und die konkreten Planungen für die Containerunterkunft in Biebrich mit 260 Plätzen bekannt wurden, in einem offenen Brief deutlich gegen Großunterkünfte positioniert.

U.a. haben wir darauf hingewiesen, dass die Unterbringung in großen Unterkünften mit hoher Belegungsdichte und wenig Privatsphäre für die BewohnerInnen mit erheblichen gesundheitlichen und psychischen Belastungen verbunden sind.

Anbetracht des Umstandes, dass es in Wiesbaden zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt, hatten wir, als Alternative zu Großunterkünften für Geflüchtete, dazu aufgefordert Versäumnisse in der Vergangenheit nachzuholen und die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen zu fördern. Denn in der Vergangenheit wurden in Wiesbaden zu wenig öffentlich geförderte Wohnungen gebaut. Schon im Jahr 2011 fehlten in Wiesbaden rund 4000 Sozialwohnungen.

Inwieweit die Stadt Wiesbaden hier mittlerweile Anstrengungen unternommen hat, ist uns nicht bekannt. Wöchentlich erhalten wir mehrere Anfragen von Geflüchteten, die, spätestens wenn das Asylverfahren positiv beschieden wurde, aus den Sammelunterkünften ausziehen dürfen, ob wir bei der Wohnungssuche behilflich sein können. Sehr problematisch finden wir in diesem Zusammenhang auch, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit dem 18. Geburtstag die betreuten Wohneinheiten verlassen müssen und auf Wohnungssuche sind, bzw. mangels eigener Wohnung oder eines WG-Zimmers in den Großunterkünften untergebracht werden.

Positiv ist anzumerken, dass das Klima in Wiesbaden flüchtlingspolitisch seitens der Zivilgesellschaft sehr gut ist und sich viele Leute haupt- und ehrenamtlich, z.B. in Tandemprojekten, wie dem Willkommen-Projekt vom Flüchtlingsrat Wiesbaden, toll engagieren. (Hier besteht auch weiterhin Bedarf.)

Flüchtlingsrat Wiesbaden, 25.01.2017